

Dr. Frank Brodehl anlässlich der geplanten Einführung der „Gendersprache“ in der Bundeswehr:

### **„Ein Staat, der die Sprache diktiert, verabschiedet sich von den Grundsätzen einer freiheitlichen Demokratie“**

Kiel, 11. September 2020      Laut Presseberichten plant das Bundesverteidigungsministerium, noch in dieser Legislatur weibliche Dienstgradbezeichnungen einzuführen. Statt „Frau Major“ soll es künftig etwa „Frau Majorin“ heißen, statt „Bootsmann“ „Bootsfrau“. Nur die Dienstgrade „Hauptmann“ und „Oberst“ sollen nicht „gegendert“ werden. Eine „Hauptfrau“ und eine „Oberstin“ wird es also nicht geben. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU) soll eine entsprechende Entscheidungsvorlage bereits am 15. September auf ihren Schreibtisch bekommen. Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Wer über die auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene schon seit längerem von sogenannten ‚Gleichstellungsbeauftragten‘ vorangetriebene Einführung einer vermeintlich ‚geschlechtergerechten Sprache‘ gelacht hat, weil er sie für albern, überflüssig oder lebensfremd gehalten hat, weiß spätestens seit heute, dass auch die CDU-geführte Bundesregierung an der flächendeckenden Einführung einer ideologiebesetzten Amtssprache mit Hochdruck arbeitet. Die Dienstgrade in der Bundeswehr sind da nur der Anfang.

Dies lässt sich allein schon daran erkennen, dass das ‚Gendern‘ der Dienstgrade umgesetzt werden soll, obwohl die Mehrheit der Frauen in der Bundeswehr explizit dagegen ist – wie alle Befragungen dazu bislang gezeigt haben. Der zentrale Kritikpunkt der weiblichen Soldaten, dass den Anforderungen der Gleichstellung mit der vorangestellten Anrede „Frau“ bereits Genüge getan sei und Genderdienstgrade nur eine ‚von oben verordnete Zurschaustellung des Anderseins‘ sei, die der Integration von Frauen mehr schade als nutze, ist den Gender-Ideologen innerhalb der Bundesregierung offenbar egal.

Dies ist eine gefährliche Entwicklung. Denn wenn der Staat dazu übergeht, seinen Bürgern die Verwendung bestimmter Begriffe vorzuschreiben, die Ausdruck einer be-

stimmten Weltanschauung, Ideologie oder Gesinnung sind, dann verstößt er damit gegen das verfassungsrechtliche Neutralitätsgebot. Dieses besagt, dass der Staat sich im Verhältnis gegenüber seinen Bürgern nicht mit einer bestimmten Weltanschauung, Religion oder politischen Gesinnung gemeinmachen und diese seinen Bürgern aufoktroieren darf.

Eine staatliche Anordnung, im amtlichen wie im allgemeinen Sprachgebrauch bestimmte ideologiebesetzte Begriffe zu verwenden, gab es in Deutschland schon zwei Mal. Ein drittes Mal darf es nicht geben. Deshalb hat die AfD-Fraktion bereits im März dieses Jahres einen Antrag eingebracht, der darauf abzielte, die Einführung der ‚Gendersprache‘ in den Behörden in Schleswig-Holstein zu verhindern. CDU, GRÜNE, FDP, SPD und SSW stimmten damals gemeinsam dagegen. Das zeigt, wie sehr sich diese Parteien bereits der Genderideologie verschrieben haben.

Wir werden den Kampf gegen die Ideologisierung unserer Sprache dessen ungeachtet weiter fortsetzen – im Interesse aller Bürger, die eine staatliche Indoktrination durch Sprache ablehnen und sich nicht nur die Freiheit der Gedanken, sondern auch die der Sprache erhalten wollen.“

#### **Weitere Informationen:**

- **WELT-Artikel** „*Heißt es demnächst ‚Oberstleutnantinnen‘ in der Bundeswehr?*“ vom 11. September 2020  
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article215431962/Frauen-in-der-Bundeswehr-Kramp-Karrenbauer-und-die-Oberstleutnantinnen.html>
- **Gesetzentwurf der AfD-Fraktion** „zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im Öffentlichen Dienst (Drucksache 19/2075) vom 6. März 2020:  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02000/drucksache-19-02075.pdf>
- **„Kieler Nachrichten“-Artikel** „Kiel: Jetzt kommt das Gendersternchen“ vom 30. Juni 2020:  
<https://www.kn-online.de/Kiel/Stadtverwaltung-in-Kiel-Das-Gendersternchen-kommt-ab-Juli>